



Bundesministerium für Finanzen
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

Per E-Mail: e-Recht@bmf.gv.at

Cc: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Wien, am 26. März 2010
Zl. B-945-1/260310/GK

**Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes:
Bundesgesetz, mit dem das Bewertungsgesetz 1955, das
Bodenschätzungsgesetz 1970, das Grundsteuergesetz 1955 und das
Bodenwertabgabengesetz 1960 geändert werden (BewG-Novelle 2010)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich mitzuteilen, dass zu obig angeführtem Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abgegeben wird.

Präambel

Das Bewertungsgesetz war ursprünglich ein zentrales Gesetz für verschiedenste Abgabenarten. Durch den Entfall von Abgaben wie der Vermögensteuer oder der Gewerbesteuer und angesichts der Tatsache, dass die Grundsteuer eine Gemeindesteuer darstellt, wurden die ursprünglich auch personalmäßig gut ausgestatteten Bewertungsstellen der Finanzämter rationalisiert. Eine weitere wesentliche Tatsache ist aber auch, dass die Einheitswerte des Grundvermögens zuletzt rechtswirksam per 01.01.1974 festgestellt wurden und seither dem gesetzlichen „Feststellungsauftrag“ nicht mehr entsprochen wurde. Vor allem die Nichtfeststellung von Einheitswerten des Grundvermögens, welche jahrzehntelang unterblieb, wird vielfach und seit Jahrzehnten in der Rechtsliteratur als verfassungsbedenklich angesehen.

Wenn nunmehr auch die gesetzliche Verpflichtung zur neunjährigen Feststellungsperiode der Einheitswerte zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen aus dem Gesetz herausgenommen wird, erscheinen nach Gemeindeansicht „weitere Aushöhlungen“ des Bewertungsgesetzes zu Lasten der Gemeinden getroffen und die „Verfassungswidrigkeitstendenzen“ verstärkt.

Die Einheitswerte sowohl im land- und forstwirtschaftlichen Bereich als auch Bereich der Grundsteuer B stimmen schon lange nicht mehr mit den realen Werten überein, weshalb eine Reform zwingend notwendig ist, die eine gerechte Besteuerung von Grund und Boden vorsieht.



Vom Einheitswert im land- und forstwirtschaftlichen Bereich hängen auch andere Dinge ab, wie zum Beispiel die Bemessung der Pensionen, die Bemessung der Pensionsbeiträge etc. Durch eine geringe Fortschreibung der Wertgrenzen kann die fehlende Hauptfestsetzung nicht ersetzt werden und ebenso wenig wird ein Bewertungsbeirat eine wirksame und realitätsnahe Durchführung der Bewertung von land- und forstwirtschaftlichen Vermögen herbeiführen können.

Ersuchen um Beantwortung einer Verfahrensfrage

In Bezug auf die geplanten Änderungen ergeben sich, im Zusammenhang mit § 14 Abs. 2 GrStG bei der Zerlegung der Grundsteuer auf die einzelnen Gemeinden, Neuerungen durch den Entfall der Ertragsfähigkeit als Verteilungsparameter. Hierbei ist nun zu fragen, ob bestehende (rechtskräftige) Zerlegungsbescheide von dieser Maßnahme betroffen sind und wenn ja eine Änderung im Wege einer Wiederaufnahme des Verfahrens gem. 303 BAO durch Antrag einer beteiligten Gemeinde zulässig ist oder an eine amtswegige Wiederaufnahme gedacht ist. Der Österreichische Gemeindebund ersucht um Beantwortung dieser Verfahrensfrage.

Fazit und Ausblick

Unter der Voraussetzung dass - so wie dies im Vorblatt dargestellt ist - mit der Umsetzung des vorliegenden Entwurfs zum einen für die Gemeinden ein erheblicher Verwaltungsaufwand eingespart werden kann und zum anderen insgesamt eine geringfügige Steigerung des Abgabenaufkommens verbunden ist, wird sich der Österreichische Gemeindebund diesem gegenwärtigen Regelungsvorhaben nicht versperren. Doch es ist an der Zeit, eine ernsthafte Reform der Grund- und Bodenbesteuerung anzugehen, der sich auch der Bund insbesondere aufgrund der erfolgreichen Pilotprojekte zur Grundsteuer nicht mehr lange entziehen wird können.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:

Der Präsident:

Hink e.h.

Mödlhammer e.h.

Dr. Robert Hink

Bgm. Helmut Mödlhammer

Ergeht zK an:

Alle Landesverbände

Die Mitglieder des Präsidiums

Das Büro Brüssel